

Aus dem Reiche.

Die **Kaiserin** besuchte gestern gelegentlich einer Ansprache das Atelier des Bildhauers Pannschmidt und nahm dort die Büste des verstorbenen Hofpredigers Frommel in Augenschein. In's Schloß zurückgekehrt ertheilte die Kaiserin mehrere Audienzen und empfing unter Anderen die Gesandten des serbischen Gefandten Boghtischewitsch. — **Fehr Eugen von Seefeldt** auf Dutenheim, der, wie berichtet, den Charakter als Legationsrath erhalten hat, steht im 36. Lebensjahre. Nachdem er einige Zeit Legationssekretär in Belgrad gewesen, ging er im Mai 1892 als zweiter Votivschaftssekretär nach Konstantinopel und vernahmte sich dort mit der Freiin von der Lenn, der Tochter des bekannten bayerischen Generals. Im Oktober 1893 wohnte er als Vertreter der deutschen Votschaft der Grundsteinlegung der evangelischen Kirche in Jerusalem bei. Seit Juni 1895 ist er Legationssekretär in Stopenagen. — **General-Lieutenant z. D. von Kriehbaum**, früher Kommandeur der 3. Division in Nürnberg, ist gestern in München von einem Schlaganfall betroffen worden und noch im Laufe des Abends gestorben. — Die Meldung der „Nordd. Ztg.“, daß der **Majordom Wissmann** sich seines Gesundheitszustandes wegen demnächst nach Nordafrika zu begeben beabsichtige, entbehrt nach den „N. N.“ der Bestätigung. Er hat vor seiner Abreise an zuständiger Stelle bestimmt erklärt, daß er nur kurze Zeit in Wiesbaden bleiben, noch vor Schluss dieses Monats hierher zurückkehren und seine Geschäfte in der Sozialabtheilung wieder übernehmen werde. Deshalb ist er auch allein nach hier abgereist und hat seine Frau nicht mitgenommen. Obwohl in seinem Entschlusse wie in seinem Gesundheitszustande ist dem Vernehmen nach bisher keine Aenderung eingetreten, daher nimmt man hier an, daß er in etwa vierzehn Tagen hier sein wird. — Dem Herrenhaufe ist seitens der Stadt Emden, sowie der kaufmännischen Deputation daseibst eine Eingabe zugestiegen betreffend die Beibehaltung der Sienernamtsklasse der dortigen künftigen **Navigationschule** und die Wiedereinführung der dafür erforderlichen Mittel in den Staatshaushalt für 1897–98. — Mehrfach wird gemeldet, daß der Chef des Ingenieur- und Pioneerkorps, Generalinspektor der Festungen, **General der Infanterie von Goltz**, sein Abschiedsgesuch eingereicht und dieses mit Rücksicht auf seine ausgezeichnete Gesundheit begründet habe. General Goltz von Goltz ist am 19. August 1833 zu Wittberg geboren und trat am 6. Januar 1851 bei der damaligen 5. Pioneer-Abtheilung in die Armee ein. Ganz besondere Verdienste hat sich von Goltz um die Organisation der Eisenbahnpolizei erworben, die ihm ihre Einrichtungen im Wesentlichen zu verdanken hat. Am Gedenktage des Frankfurter Friedens, am 10. Mai 1896, wurde ihm der Adel verliehen. — Die Aeltesten der Kaufmannschaft zu Berlin erlassen gegen den Abgeordneten Wendel von Steinfels folgende Erklärung: Herr Landes-Oekonomierath Mittler und Oder-Wendel von Steinfels in Halle a. S. hat in einer Note am 19. Dezember v. J. abgethatenen Berammlung von Landwirthen behauptet, „in der letzten Zeit seien an den Börsen in Halle, Magdeburg und Berlin die Notierungen der Getreide 20 bis 25 Mark hinter den wirklich gezahlten Preisen zurückgeblieben“. Zu einer in Nr. 604 der „Saale-Zeitung“ veröffentlichten Erklärung hat er sich ausdrücklich zu dieser Behauptung bekannt. Da dieselbe den Vorwurf enthält, daß die von uns betellten Börsen-Kommissionäre die ihnen obliegende Pflicht einer richtigen Preisfeststellung grüßlich verlegt hätten, so haben wir Herrn von Wendel unter dem 4. d. M. aufgefordert, uns den Beweis seiner Anschuldigung, soweit sie sich auf die hiesige Börse bezöge, binnen 8 Tagen zu liefern. Herr von Wendel hat darauf erwiedert, daß er demnach die hiesigen Zeitungen die Angelegenheit beleuchten und soweit nöthig belegen werde, was sich jedoch an einen Termin zu binden, da bis heute aus feinerlei Belege von Herrn von Wendel zugegangen sind, so sind wir es unseren verantwortlichen Börsen-Kommissionären schuldig, hiermit öffentlich zu erklären: daß die hiesige Börse festgestellten Getreidepreise sich stets im Einklange mit der wirklichen Marktlage befinden haben, daß also die Behauptung des Herrn Landes-Oekonomieraths Wendel von Steinfels in Bezug auf Berlin thatsächlich unwichtig ist, und daß diese beweisslos gelassene Behauptung bei der für ihren Urheber günstigen Meinung nun daraus erklärt werden kann, daß diesem jedes Urtheil über die exportirte Sachkenntnis und Gewissenhaftigkeit mangelt, was solcher bei den Preisfeststellungen an hiesiger Börse von den dafür verantwortlichen Kommissionären verfahren worden ist. — Die ultramontane „Berliner Zeitung“ ertheilt der Finanzpolitik des Herrn **Liquet** eine kräftige Abgabe: Wie der Abgeordnete im Reichstag in der Abgeordnetenkammer darlegte, beruht die Maquette der Finanzpolitik auf dem Sozialpunkt des Centrums. Um welche neuen indirekten Steuern auf nothwendigen Verbrauchsgegenstände der großen Masse des Volkes gelegt werden. Es geht aber nicht an, den Unbemittelten ein Nothgedräng höher zu belasten, damit der Wohlhabende in den Engpass hineingejagt zu werden brauche, oder auch um Kosten des Reiches. Das Centrum wird sich durch keine Vorwürfe des preussischen Finanzministers und seiner Folgepflicht von seiner Finanzpolitik abbringen lassen, denn sie beruht auf Uebereinstimmung mit der ganzen Tradition unserer Partei die Grundsätze des Föderalismus, des Sparprinzips, der sozialen Gerechtigkeit und des gesunden Menschenverstandes, während gewisse „Reformen“ darauf hinauslaufen, die Interessen ihres Einflusses auf die Reichspolitik zu entwickeln und die indirekten Steuern vermehren, um die Einkommen der Besitzenden zu schonen. — In Hamburg findet am Sonntag Abend eine Zusammenkunft von Mitgliedern der hiesigen Abtheilung des **deutschen Nationalvereins** statt. Premier-Lieutnant Thilofer I machte im Auftrage des Tangenicher Komitees Mitscheidungen über den Tonwortssee und wies darauf hin, wie notwendig sei, daß auf diesem Gewässer ein Dampfer verkehrte. Derzeit ist der Abbruch der Lieferung des Schiffes mit der Schiffswerft Maschinenfabrik (vormals Janssen u. Schmidt)

(in'st) A.-G. Steinwärders erfolgt. Die Firma baute i. J. auch die für Afrika bestimmten Steamer „Hermann v. Wismann“ und „Dr. Carl Peters“, der in Auftrag gegebene Dampfer soll den Namen „Hedwig v. Wismann“ erhalten. Der Termin der Fertigstellung ist auf Anfang Juni 1897 festgesetzt worden. Zum Bau hat man deutschen Stahl vorgezogen. Das mit zwei Kesseln und einer 100 pferdigen Compound-Maschine zu veriehende Fahrzeug wird in einer Größe von 20 Meter erbaut. — Auch die zahlreich besuchte Generalsversammlung des national-liberalen Wahlvereins zu Staffel nahm einstimmig eine **Protestresolution gegen die Landgemeinde-Ordnung** an, in welcher die beiden Häuser des Landtags um Abhebung derselben ersucht werden, insbesondere wegen des Dreiklassen-Wahlrechts. — Dem scheidenden **Oberpräsidenten der Provinz Schleswig-Holstein v. Steinmann** war durch eine Abordnung der Direktoren der höheren Beherausalten dieser Provinz eine Adresse überreicht worden, in deren Ernennung der Oberpräsident Folgendes hervorhob: „Ich glaube nicht an die Herrschaft der rohen Massen, ich bin vielmehr davon überzeugt, daß sittliche und religiöse Erziehung, daß die rechte Schulung, die rechte Zucht von Verstand und Charakter, wie der Unterricht der höheren Beherausalten sie bietet, immer das Feld behaupten, daß es immer eine Aristokratie des Geistes geben wird, die das Regiment nach Gottes Ordnungen führt.“

Berlin, 16. Januar. Nicht weniger als ein halbes Dutzend der wichtigsten Vorträge hat der Reichstag in kurzer Frist vom Bundesrat zu erwarten. Eine der ersten dürfte darunter das Bundesgesetzbuch sein, das, recht umfangreich, wohl trotzdem im Reichstage keine allzu langen Erörterungen hervorgerufen wird, weil es auf Grund von Beratungen mit Vertretern der Bundeskreise selbst zu Stande gekommen ist, also die aus den Interessentenkreisen stammenden Wünsche, soweit als möglich, schon berücksichtigt hat. Wie schnell sich die Militärstrafprozessordnung im Bundesrat wird fertig stellen lassen, ist noch immer nicht abzusehen. Das es jedoch nicht mehr allzu lange dauern wird, bis der Reichstag sich auch mit dieser wichtigen Materie befassen wird, ist sicher. Bis vor Kurzem wurde allgemein angenommen, daß, nachdem die verbündeten Regierungen dem Reichstage in der laufenden Tagung bereits die verschobenen und recht viele Einzelheiten ändernden Novellen zu den Unfallversicherungsgeetzen hätten zugehen lassen, auf die Einbringung weiteren Materials in der Arbeiterversicherungssache verzichtet werden würde. Nach dem im Reichstage von der Regierungssitze neuerdings gehaltenen Aeußerungen darf aber nunmehr auch als sicher angesehen werden, daß in ganz nächster Zeit der Bundesrat die Novelle zu der Invaliditäts- und Altersversicherung, deren Kernpunkt bekanntlich die andere Verteilung der Renteanteil ist, erledigen und dem Reichstage dann sofort zustellen wird. Auch das Auswanderungsgesetz dürfte nicht mehr lange auf sich warten lassen. Es hat, nachdem sein erster Entwurf in der Session von 1892-93 im Reichstage überhaupt nicht zur Verathung gestellt war, zur Fertigstellung in der neuen Form so langer Zeit bedurft, daß angenommen werden kann, es haben die Einzelregierungen sich schon früher über die grundlegenden Bestimmungen, wenn auch nicht ganz geneigt, so doch eingehend unterhalten. Es würde danach also langer Erörterungen in den Bundestrathsausschüssen nicht mehr bedürfen. Dasselbe dürfte mit dem an den Bundesrat nunmehr auch gelangten Entwurf über den Servistatist und die Klassenbezeichnung der Detirer der Fall sein. Namentlich bei dem letzteren liegt der Schwerpunkt der Arbeit in den Vorbereitungen. Wir haben schon neulich ausgeführt, daß die Schwierigkeiten für diese Materie wohldeutlich erst im Reichstage beginnen werden. Schließlich hat man immer noch die Hoffnung, daß sich die Pandvorkersorganisationsvorlage im Bundesrathe nun bald werde erledigen lassen. Ebenfalls wird der Reichstag sich mit seinen Beratungen etwas beeilen müssen, wenn er dieses neue gesetzgeberische Material neben dem bereits vorhandenen in der laufenden Tagung zu erledigen will.

— Der Kaiser hat, wie aus Wien berichtet wird, zur Gründung einer Unteroffizierschule in seinem österreichisch-ungarischen Infanterie-Regiment Nr. 7 zu dessen hundertjähriger Jubiläumstier 3000 Kronen gespendet.

„Nicht werth, den Namen Deutscher zu tragen.“ Mit diesen treffendsten Worten charakterisirte unser Kaiser vor langer als einem Jahre ein sozialdemokratisches Führer und Zeitungs- greiber, welche gewagt haben, „das deutsche Volk zu schmähn und die geheiligte Person des hohen Kaisers Wilhelm in den Stand zu ziehen.“ Dieser „Nothe von Weinschen“ stellt sich die Berliner Zeitung „des Herrn Wolffsten in einem Artikel über „das Wilhelmifesten“ an die Seite, charakteristischer als sich und seinen jüdischen Anhang ebenfals als Leute, die nicht werth sind, den Namen Deutsche zu tragen. Diese illustre- reiche Blatt schreibt u. A.: „Am 22. März werden hundert Jahre vergangen sein, seitdem es das Land der Erde erblickte, und es soll darum eine Jahrtausendfeier veranstaltet werden, bei der das Volk pflichtgemäß in Wonne und Rührung schwimmen soll, und bei der die Soldaten und die Schulkinder wieder viel zu thun bekommen werden. Wir hatten nichts dagegen, wenn an diesem Tage der Hofe hoch verginge. Der Kaiser Wilhelm war ein ausnehmend erfolgreichster Monarch der preussischen Daimschaft, und es ist ein Verbrechen, das er hinterlassen, rechtfertigt sich nicht durch seine Tugenden, sondern durch seine Fehler.“ Wird in der Nation in freier Erinnerung daran, daß er der erste Kaiser des neu aufgetauchten deutschen Reiches war, am 22. März freundlich gewürdigt, so ist das nicht zu fagen.“ Größer waren die schändlichen demagogischen Schmähungen auch nicht, die damals unter allen Deutschen die größte Entfaltung hervorriefen; es waren eben auch dort die sie wie es bei der obigen Anfassung sind — internationale Feinden, die sich solche gegen das nationale Empfinden gerichtete Greuel erlaubten.

— Der jetzt vorliegende, im Reichstag eingebrachte Petitionsantrag, auf Erlass einer sogenannten Legation, schließt sich in den Vor- rufen über Unzucht, Nuppelei und Verkauf unzüchtiger Schriften, Bildern und Dar-

stellungen eing an die Beschlüsse an, welche in der Session von 1892—93 die zur Vorerhebung der damals von den verbundenen Regierungen eingebrachten Vorlage eingelegt gewesene Reichstagskommission gefaßt hatte. Er giebt in allen diesen Theilen die damaligen Beschlüsse wörtlich wieder. Außerdem enthält er jedoch zwei neue Bestimmungen, von denen die eine eine Strafe bis zu einem Jahre und Geldstrafe bis zu 1000 Mark für den festsetzen will, der öffentlich theatrale Vorstellungen, Singspiele, Gefangens- oder defamatorische Vorträge, Schaulustigen von Personen oder thörlische Aufführungen veranstaltet, welche durch gräßliche Verletzung des Scham- oder Sittlichkeitsgefühle Vergerniß zu erregen geeignet sind, und der andere ankündend Geschlechtskrankheiten behandelt. Dagegen hat der Zentrumsantrag die vom weiten Kreise der Bevölkerung in der ersten Verhänge mit Freude begrüßte eventuelle Verschärfung der Bestrafung für Verbrechen und Vergehen wider die Sittlichkeit, wider das Leben, wider die persönliche Freiheit oder für gemeingefährliche Verbrechen und Vergehen, wenn die That von besonderer Rohheit, Bosheit oder erschrocken Genüßung des Täthters zeugt, einfach fortgelassen. Es muß dieses Verhalten des Zentrums umso mehr auffallen, als die Reichstagskommission aus der Session 1892—93 diesen Theil der Vorlage der verbundenen Regierungen im Großen und Ganzen angenommen hatte und vorauszusetzen ist, daß die Annahme unter Billigung des Zentrums erfolgt ist. Immerhin bleibt abzuwarten, ob der Zentrumsantrag noch in der laufenden Tagung zur Verathung kommen wird. Die verbundenen Regierungen haben in der Zwischenzeit des öfteren erklären lassen, daß sie an der sogenannten Ver Dinge nach wie vor festhalten würden und daß nur die jedesmalige Lage der gesetzgebenden Aktion sie gebindert hätte, mit einer Erneuerung ihrer Vorschläge an den Reichstag herzutreten.

— Der „Berl. Korresp.“ schreibt: Die „Wirtschaftspolitischen Blätter“, amtliches Organ des Bundes der Handwirthe, räumen in ihrer neuesten Nummer ein, daß der von ihnen „zu ihrem Bedauern veröffentlichte“ Artikel über den Gegensatz der preussischen zur Reichsregierung an einzelnen Unrichtigkeiten leide, deren Widerlegung durch die „Berliner Korrespondenz“ gerechtfertigt gewesen sei. Hieran knüpfen sie aber weitere Betrachtungen über den angeblichen Mangel an Einseitigkeit innerhalb der Regierung, den sie wiederum durch Behauptungen über die Stellung einzelner Ressorts zu der Handwerkerorganisationsvorlage und zu der Börsenreform zu belegen versuchen. Auch die neuen Behauptungen enthalten in der thatsächlichen Begründung. Soweit sie die Handwerkervorlage betreffen, gründen sie sich auf Vorgänge innerhalb des preussischen Staatsministeriums und der Bundesratsausschüsse. Diese Vorgänge sind interner Natur und entziehen sich in ihren Einzelheiten der öffentlichen Besprechung. Nur soviel kann mitgeteilt werden, daß die Behauptung des Blattes: der Beschluß des Staatsministeriums wegen Einbringung der Handwerkervorlage in den Bundesrat sei gegen die Stimmen des Präsidenten und des Vizepräsidenten gefaßt, sowie die Ausführungen über die Behandlung der Vorlage in den Bundesratsausschüssen und über die Abstimmung der Ausgussmittglieder thatsächlich unrichtig sind. Wenn das Blatt jedoch eine „Unterlassungsjünde“ des Präsidenten der preussischen Regierung oder seines Stellvertreters darin findet, daß Preußen nach der „entscheidenden Abstimmung“ in den Ausschüssen nicht die abschließende Verhandlung im Plenum verlangt habe, so vertritt sich hierin die magische Erkenntnis des Verfalls von der thatsächlichen Behandlung der den Bundesratsausschüssen durch das Plenum überwiesenen Vorlagen. In Sachen der Börsenreform soll — im Gegensatz zu den preussischen Ministerien — das Reichsamt des Innern durch „seine Zusammenfassung des provisorischen Börsenausschusses vereinigen“ haben, daß es denjenigen Kreisen nicht wehe thun will, welche die Börsenreform bekämpfen“. Hierzu ist zunächst zu bemerken, daß die Ernennung der Mitglieder des Börsenausschusses nicht dem Reichsamt des Innern, sondern dem Bundesrat zuzustehen, und daß hiernach auch bei der Bildung des provisorischen Börsenausschusses verfahren ist. Allerdings ist die Angelegenheit im Reichsamt des Innern vorbereitet worden. Dabei ist dieses aber im Einkommen mit den beabsichtigten Vorgegangen, und namentlich sind die Vorschläge über die aus Preußen zu beauftragenden Mitglieder des provisorischen Börsenausschusses in völliger Uebereinstimmung mit den beteiligten preussischen Ressorts gemacht worden.

Öesterreich-Ungarn.

Wien, 5. Januar. Abgeordnetenhaus. Abg. Lauche interpellirte die Regierung wegen des geltend im preussischen Abgeordnetenhaus eingebrachten Antrages auf eine vollständige Dispensirung der Grenz gegen die Vieheinfuhr. Die Durchfuhr dieser Massregel wurde sich besonders gegen die auslandischen Gebiete an der osterreichisch-deutschen Grenze richten. Daher stelle er die Frage, was die Regierung zu thun gedente, um einer solchen calamitat zu begegnen.

Wien, 15. Januar. Der Minister des Auswärtigen, Graf Goluchowski, ist heute Abend in Begleitung des Sektions-Rathes von Meryn nach Berlin abgereist.

Frankreich.

Paris, 15. Januar. Der Papst hat an den Erzbischof von Paris, Cardinal Richard, ein Schreiben gerichtet, in welchem er anlässlich der hundertundzwanzigjährigen Gedächtnisfeier der Sacre Coeur-Kirche dem französischen Volke und Clerus einen Segen ertheilt.

Italien.

Rom, 15. J. Januar. Wie die „Agenzia Stefani“ erfährt, hat zwischen den Mächten ein lebhafter Meinungsaustausch über Schutzmaßnahmen gegen eine drohende Verschleppung der Konferenz stattgefunden.

Rußland.

Petersburg, 15. Januar. Heute ist ein
 Gesetz, betreffend die Errichtung eines russischen
 Consulates in Sivahan, veröffentlicht worden.

Griechenland.

Attika, 15. Januar. Die Nachrichten aus Attika sind dennrühig, obwohl die Regierung von einer weiteren Verschärfung der Lage nicht wissen will. In Folge der bekannten zahlreichen Massenmorde bei Affamo sollen hienächst hundert Schaaren aus den Gebirgsgegenden erschienen sein, was die muselmännischen Bauern deranlaßt hat, zahlreich nach Ranea und Rethymo einzumarschiren. Dies ist stets die Einleitung zu Unruhen gewesen, und bei der jetzigen Unruhmöglichkeit und der bekannten vollständigen Ausrüstung der Christen ein bedenkliches Zeichen. Die Justizreform-Kommission ist nach Oerkalion gereist, das bis jetzt ganz ruhig ist, um die lokalen Justizfragen zu prüfen. Heute wurde in den Straßen ganz Athen eine Proklamation, angeblich des zentralen nentürlichen Komitees, angeschlagen, welche die Griechen auffordert, sich den Nentürigen anzuschließen und die Vergangenheit und die Kämpfe zu vergessen, um gemeinsam den Kampf gegen den „blutigen Tyrann Hamit“ und seine slavischen Verbündeten“ zum gemeinsamen Heil zu führen.

Africa.

Der folgende Bericht des Hauptmanns
Prinze aus Deutsch-Ostafrika, datirt Kuirenga,
4. November 1896, wird im „Kolonialblatt“
mitgetheilt:

Die zur geteiltten Aufgaben sind gelöst worden. Die Mlangafstation ist verlegt, die Mlangafstation provisorisch errichtet; Quawa ist befestigt und wird mit wenigen Anhängern verfolgt. Um dies zu ermöglichen, habe ich das Reich Quawas in seiner ganzen Ausdehnung unterwerfen müssen und zwar die Westhälfte, Ukena (unter Schonung von Kultur und Eigentum), mit durchaus kriegerischen Mitteln und feindlichem Verlust von 400 bis 500 Toten und Verwundeten; die Osthälfte, Uhebe, hauptsächlich auf diplomatischem, strategischem Wege. Verlust unsehrlich: 1 Askari, 1 Irregularer, 5 Träger. Drei Stunden östlich Iringasa habe ich die provisorische Station an einer in gesundheitslicher, taktischer, politischer und landschaftlicher Hinsicht außergewöhnlich günstiger Stelle auf 1600 Meter absoluter Höhe zu errichten begonnen und unter großer Anstrengung der Träger die allermeisten Lasten aus Mlanga und Perondo dahin geschafft. Seit dem 28. Oktober ist Zahmeisterei Aspirant Winkler mit dem letzten diesjährigen Lastenschube, den Weibern der Soldaten nachgekommen. Das ganze große Dorf der Küstehändler Perondo, etwa 800 bis 1000 Seelen, hat sich ihm angeschlossen. Die Leute sind eifrig in der Anlage von Häuserstraßen begriffen. Die Organisation der friedlichen Thätigkeit hat begonnen. Seit dem 14. Oktober sind Mwangire, einziger lebender Bruder Quawas, mit dem ältesten von dessen Halbbrüdern, Kapoube, nebst zwei von den drei direkten Schwestern Quawas und der Familie Mwangire eine Viertelstunde von der Station fest und sicher interniert. Seitdem haben sich noch gestellt: die dritte Schwester Quawas, die seinerzeit von dem alten Mereri geblendet wurde, die Halbbrüder Quawas, Sandangamamba und Gungibaha, nebst Familien. Ersterer ist 1894 bei Iringa schwer verwundet, letzterer hat einer gegen Quawa ausgehenden Patrouille Widerstand geleistet und ist dabei leicht verwundet worden. Ersterem habe ich eine Wohnung eine Viertelstunde von der Station angewiesen, letzteren nebst inzwischen angekommenem Schwager des Quawa habe ich dagegen interniert. Demgemäß ist der engere Verwandtenkreis und die Häupte des entfernteren Verwandtenkreises des Quawa in Gewalt der Station. Danach haben sich die Verhältnisse in und um Uhebe politisch durchaus befriedigend gestaltet und sind keinerlei Bedürfnisse für größere Anstrengungen zu hegen, vielmehr ist nunmehr Aussicht auf eine gute wirtschaftliche Entwicklung dieses Theiles des Schutzgebietes vorhanden. Den Hauptvorteil der Internierung des Quawareiches erblicke ich vorläufig in der geschlossenen, militärisch brauchbaren Macht, die dem kaiserlichen Gouvernement in die Hände fällt.

Zur Arbeiterbewegung.

— Die Gründung einer (sozialdemokratischen) Zentralorganisation der Eisenbahnarbeiter Deutschlands ist dieser Tage vollzogen worden; bisher haben sich acht Eisenbahnarbeiter-Vereinigungen mit der Gründung einverstanden erklärt. Der Hauptzweck des Verbandes ist die Vertretung der Arbeitszeit. Die Arbeiterschaft der preussischen Staatsbahnen steht, soweit wir wissen, dieser Organisation fern, die somit nicht soviel bedeutet, als der Name zu besagen scheint.

Hamburg, 15. Januar. Die Beendigung des Streiks ist sicher in Folge der Uneinigkeits der Arbeitgeber. Das „Fremdenblatt“, das die Interessen der letzteren vertritt, hört, daß einzelne Gruppen der Arbeitgeber bereits sind, auf das Angebot der Arbeiter hin zu verhandeln, der Arbeiterverein nehme dagegen eine vom Arbeitgeberüberbände abweichende Stellung ein. Letzterer leitete heute Nachmittags eine geheime Sitzung ab, an der Theilnehmern wurde die strengste Diskretion zur Pflicht gemacht. Die Arbeitnehmer, speziell die Gewerführer und Schauerleute, verharren bei der Aufnahme der Arbeit ohne vorhergehenden Verhandlung. Am Montag finden vier Monstreiterversammlungen statt, in denen die bedeutendsten Arbeiterführer Deutschlands als Redner auftreten werden. — Am 24. und 25. Februar findet in London eine internationale Konferenz der Delegirten der Hafenarbeiter statt, die deutschen Hafenarbeiter nahmen die Einladung hierzu an. Ein seit 1889 hier anfassiger dänischer Schauermann, der mehrfach angefordert worden, Arbeit nachzuweisen, ist jetzt angewiesen worden. Es ist dies der zweite Ausweisungsfall während des Streiks. Drei wegen Vergehens ausgewiesene dänische Matrosen hingegen durften anstehen. — Die Kalamität im Hafen ist schlimmer als je. Das Eisfabrikassee bei den Finkenwärder ist nur für flachgehende kleine Fahrzeuge passierbar. Momentan herrscht intensiver Nebel. Die Dampfer „Benetia“ und „Bernhard“ kollidirten Mittags im Hafen.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 16. Januar. Am 13. Januar

Stettin" seine statutenmäßige Generalversammlung ab. Bei der Neuwahl des Vorstandes wurde der bisherige Vorsitzende, Herr Lehrer Dr. Voog, wiedergewählt. Der Verein stellt sich die Aufgabe, für die Ausbreitung des homöopathischen Selbstverfahrens zu wirken und seinen Mitglieder Einfach und Belehrung über das Wesen der Homöopathie wie über die Anwendung und Mischung ihrer Heilmittel zu verschaffen, sowie auch allgemeine Gesundheitslehre zu pflegen. Es werden auch in diesem Jahre monatlich zwei Sitzungen in dem Bibliothekszimmer des Kronenparks abgehalten, in denen die Mitglieder durch Vorträge und Mittheilungen aus den verschiedensten Zeitschriften in steter Bekanntschaft mit den Fortschritten der Homöopathie und der Gesundheitslehre gehalten werden. Eine städtische Bibliothek steht den Mitgliedern unentgeltlich zur Verfügung. Den zahlreichen und vorzüglichen Freunden der Homöopathie sei zur einheitlichen Sammlung der Verein bestens empfohlen. Mitglieder können sowohl Damen als Herren werden, die das 21. Lebensjahr überschritten haben.

— Am 15. d. M. hat der neue Gesangs- und Betariens, Herr Prof. Dr. Gaedel, sein Amt angetreten. Herr Dr. Neumeister legt hiernächst seine in uneigennützigster Weise geübte Stillwerthung nieder, um sich ungeheilt seiner Privatprogrs hinzugeben.

— Die Sachkommission für den Getreidehandel hat jetzt folgende Erklärung abgegeben: „Der Erlaß des Herrn Ministers für Handel und Gewerbe vom 16. Juli 1896, betreffend die Ausführung des Börsen-Gesetzes vom 22. Juni 1895, deranlastete uns am 24. Juli 1896, den Herren Vorstehern der Kaufmannschaft hier die Bedenken gegen den Plan des Herrn Ministers auszusprechen, der darin führen werde, daß wir künftig die Börse für unsere Zwecke gar nicht mehr gebrauchen könnten, mindestens müßten die Delegirten der Landwirthschaft sich als Mitglieder unserer Korporation unter entsprechender Veränderung des ersten Abschnittes § 1 des Statuts der Korporation der Kaufmannschaft zu Stettin aufnehmen lassen. Ferner schreiben wir am 29. Juli 1896 in Bezug auf eine Ministerial-Besorgung vom 18. Juli 1896 an die Herren Vorsteher der Kaufmannschaft hier in einem ausführenden Bericht u. a. „Soll aber die Landwirthschaft das Recht haben, an unserer Börse vertreten zu sein, so mag sie Delegirte in die Korporation der Kaufmannschaft aufnehmen und die üblichen Beiträge zahlen lassen; wir wollen sie dann gern als Gleichberechtigte anerkennen.“

Hieraus geht hervor, daß wir stets bereit gewesen sind, den Landwirthen Gelegenheit zu geben, mit uns gleiche Rechte zu erwerben und an der Verwaltung der Börse zu arbeiten zum Segen des Handelsstandes und der Landwirtschaft, aber an ein Aufstichtrecht der Landwirthe über die Kaufleute haben wir nicht gedacht. Nachdem Ausganges Dezember 1896 die offtroirte Börsenordnung des Handelsministers mit dem bekannten § 3b, wonach Delegirte der Landwirtschaft in den Produkten-Vorstand seitens der Landwirtschaftsminister ernannt werden sollen. Gegen diese Bestimmung verwarnten wir uns in einer Sitzung vom 29. Dezember 1896, und bereits am 30. Dezember in einer Generalversammlung der Getreidehändler traten diese dem Beschlusse bei mit der Erklärung, der Börse fern zu bleiben. Diese ist denn auch seit genanntem Tage nicht mehr besucht worden. Damit ist bewiesen worden, daß wir, wie vor 5½ Monaten vorhergesagt, die offizielle Börse entbehren können. Wenn nun in allerneuester Zeit die Delegirten der Landwirtschaftskammer einen entgegenkommenden Schritt gethan und ihre Aufnahme in die Korporation beantragt haben, so begreifen wir dies mit Freuden. Es darf aber nicht angenommen werden, daß allein durch diesen Eintritt der Landleute in die Korporation die Rechte der Getreidehändler an die Börse möglich gemacht wird. Die etwa in die Korporation aufgenommenen Landleute haben selbstverständlich vollständige Gleichberechtigung mit allen anderen Mitgliedern der Korporation, können also auch in den Produkten-Vorstand von der Kaufmannschaft gewählt werden — so lange aber an der Offtroirung von Mitgliedern des Produkten-Vorstandes festgehalten wird, halten wir die Rechte der Getreidehändler in die Börse für unmöglich.

(Personal-Veränderungen im Bezirk des
Oberlandesgerichts zu Stettin für den Monat
Dezember 1896.) Es sind ernannt: zum Senats-
präsidenten bei dem Oberlandesgericht in Kiel:
der Oberlandesgerichtsrath Goeßel in Stettin,
zum Oberlandesgerichtsrath in Königsberg i. Pr.:
der Landgerichtsrath Dr. Samalinski in Stolp,
zum ersten Staatsanwalt in Köslin: der Staats-
anwalt Rohde in Berlin, zum Amtsrichter in
Dramburg: der Gerichtsassessor Reichhelm aus
Babes, zum Staatsanwalt bei dem Landgericht
in Lyck: der Gerichtsassessor von Schmiedeberg,
zum Gerichtsassessor: die Referendare Schlegler,
Dr. Wilhelm, Klein, Ehrlich und Erich Müller,
zum Referendar: die Rechtskandidaten Keller und
Fuhrmann, zum Kanzlisten: bei der Staatsan-
waltschaft in Stargard der Kangleibildner Kolmer,
bei dem Landgericht in Stettin der Kangleibildner
Daniel. — Dem entsamwägigen Gerichtsfreibe-
güßigen, Wollkisten Schinke in Pölnow sind die
Gerichtsfollziehergeschäfte bei dem Amtsgericht
dasselbst nebenamtlich übertragen. — Es sind ver-
setzt: der Amtsrichter Dr. Karl von Fiddichow als
Landrichter nach Stargard i. Pom., die Gerichts-
vollzieher Gemoll von Barth nach Tempelburg,
Krumling von Pölnow nach Barth, Zeidler von
Tempelburg nach Stettin. — Es sind mit
Pension in den Ruhestand versetzt: die Ge-
richtsvollzieher Pöhl in Stettin, Kerschmann in
Wöhrden und Körner in Straßund. — Es
sind gestorben: der Rechtsanwalt und Notar Justiz-
rath Wrede in Schlau, der Rechtsanwalt
und Notar, Justizrath Ludemann in Spinemünde,
der Rechtsanwalt Vrent in Spinemünde,
der Gerichtsschreiber, Kangleirath Springtode
in Lauenburg i. Pom. und d. r. Referendar Bonn-
erwef. — In der Rechtsanwaltsliste sind ge-
fügt: der Rechtsanwalt Vrent bei dem Amts-
gericht in Spinemünde, der Rechtsanwalt Bartels
bei dem Amtsgericht in Demmin, der Justizrath
Wrede bei dem Landgericht in Stolp und der
Justizrath Ludemann bei dem Landgericht in
Stettin. — Der Gerichtsassessor Karlmann ist
in Folge seiner Zulassung zur Rechtsanwaltschaft
bei dem Landgericht II in Berlin und der Re-
ferendar von Heyden-Rinden auf seinen Antrag

